

Schöner Wohnen in Solingen – jetzt bezahlbaren Wohnraum für alle sichern!

Solingen wächst. Das ist zunächst erfreulich. Seit einigen Jahren gibt es mehr Zuzüge in die Klingenstadt. Neben der sicherlich schönen Landschaft und den beschaulichen Stadtteilen liegt der Grund dafür aber häufig in dem immer teurer werdenden Wohnraum in den Großstädten wie Düsseldorf und Köln. Mietpreise, die teilweise die Hälfte des Einkommens von Familien oder Einzelpersonen erfordern, können sich viele nicht mehr leisten. Sie müssen sich Wohnraum im Umfeld der Großstädte suchen.

Doch auch in Solingen ist die Entwicklung der Mietpreise problematisch. Während auf der einen Seite teure Immobilien gebaut werden, allen voran Eigentumswohnungen und -häuser zum Beispiel in Ohligs, ist insbesondere das Angebot von bezahlbarem Wohnraum für Geringverdienende schon lange nicht mehr ausreichend. Im März dieses Jahres attestierte der von der Postbank erstellte „Wohnatlas 2019“ der Stadt Solingen mit 15,5 Prozent Anstieg der Immobilienpreise den ersten Platz in NRW.

Diesen Entwicklungen gilt es entgegenzuwirken. Eine besondere Stärke in unserer Stadt sind die Baugenossenschaften, die über rund 10.000 Wohneinheiten verfügen. Sie sind seit Jahrzehnten in Solingen ein Garant für bezahlbaren Wohnraum. Ziel der Genossenschaften ist es im Gegensatz zu privaten Investoren nicht, steigende Gewinne zu



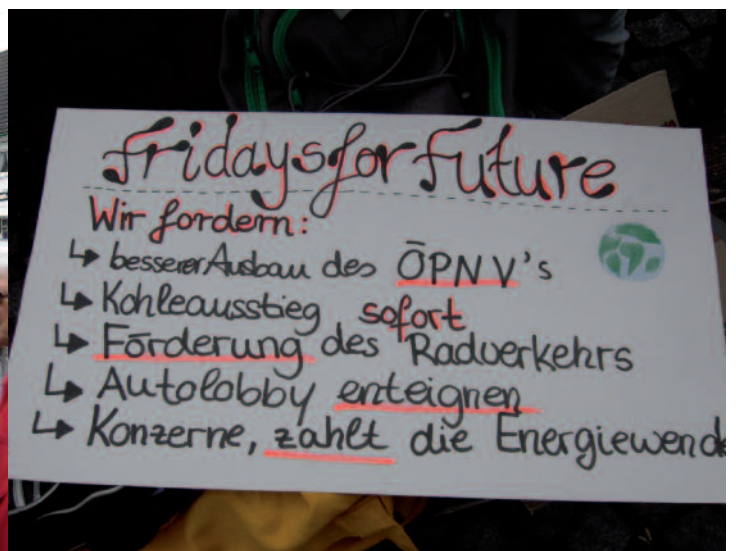
erwirtschaften. Auch verstärkte kommunale Maßnahmen zum Bau neuer Wohnquartiere, die den sozialen Anforderungen entsprechen, sind gefordert. Der jahrelang betriebene Verkauf städtischer Grundstücke war sicherlich der falsche Weg. Der Wohnungsmarkt darf nicht länger dem „freien Spiel der Kräfte“ überlassen werden.

Das Angebot sowohl der Genossenschaften als auch öffentlicher Anbieter reicht nicht, um den Bedarf zu decken. So fehlen in Solingen rund 5.000 neue Wohnungen, insbesondere im geförderten Wohnungsbau, denn nur so können die Mietpreise langfristig gedeckelt werden. Hinzu kommt, dass es aufgrund der demografischen Entwicklung zunehmend seniorengerechter und barrierefreier Wohnungen bedarf. Insbesondere ältere Menschen, die alleine leben (und das auch wollen), brauchen wegen ihrer geringen Renten kleinere und preiswerte Wohnungen. Außer-

dem ist zu erwarten, dass in Zukunft die Altersarmut weiter ansteigen wird. Da auch zunehmend jüngere Leute alleine wohnen möchten, gibt es in der Klingenstadt 42,1 Prozent Ein-Personen-Haushalte. Doch gerade für diese Haushalte mangelt es an kleinen, bezahlbaren Wohnungen in der Stadt.

Anfang April beschäftigte sich der Stadtrat mit dem „Handlungskonzept Wohnen“. In der Sitzung am 4. April 2019 wurde beschlossen, dass in Solingen 30 Prozent aller Neubauvorhaben Sozialwohnungen sein sollen. Doch es gibt berechtigte Bedenken, dass damit der Bedarf tatsächlich auch gedeckt werden kann. Die Sozialstruktur Solingens, also z.B. die Einkommenssituation und der demografische Wandel, geben dazu eindeutige Hinweise. Außerdem muss zukünftig die Stadt wesentlichen Einfluss auf die Planung zukünftiger Baumaßnahmen nehmen. Dazu bedarf es einer demokratischen Mitwirkung und Kontrolle auch durch die Bürgerinnen und Bürger Solingens. Wir fordern:

- die stärkere Einflussnahme der öffentlichen Hand auf die Wohnraumpolitik, auch durch die Gründung einer städtischen Wohnbaugesellschaft,
- die finanzielle und organisatorische Unterstützung der Baugenossenschaften bei neuen Bauvorhaben und
- die unbegrenzte Förderung von sozialem Wohnungsbau in Solingen.



Klinikum in Not – Beschäftigte in großer Not!

Das Klinikum hat auch 2018 wieder ein Defizit gemacht. 1,22 Mio müssen somit aus dem Kapitalbestand entnommen werden. Und dieser Bestand schwindet.

Dabei ist das Klinikum gut organisiert, hat einen guten Ruf in der Stadt, ist gut ausgestattet und vor allem leisten die Beschäftigten mit viel Herzblut tolle Arbeit.

Wenn wir fragen, wo die Ursachen liegen für die finanzielle Schieflage, so sind diese außen zu suchen. In der Politik.

Früher war es ganz selbstverständlich, dass es eine Verantwortung der Öffentlichkeit gab für seine der Gemeinschaft dienenden Angelegenheiten. Das hat sich geändert, seit das Dogma eingeführt wurde: „Privat vor Staat“ – „Privat kann's besser“. Alles, auch das Gesundheitswesen wurde nach dem Profitprinzip umgekrempelt, alles wurde zur Ware. Mit Gesundheit, besser gesagt: Krankheit wird viel Geld gemacht. Milliarden.

Jetzt muss die Einrichtung „Klinikum Solingen“ aus dem eigenen Betrieb sich selbst tragen/finanzieren. Das geht aber nicht. Was die Krankenkassen an das Klinikum für das Geleistete bezahlen, reicht nicht aus. Es sind bestimmte Fallpauschalen festgelegt, für die die Kassen bezahlen. Aber einige Leistungen, die das Klinikum für Patienten erbringt, Leistungen, die die Ärzte auch für notwendig halten, werden von den Kassen überhaupt nicht übernommen. Das sind besonders ambulante Behandlungen. So wird ein Minus gemacht, das immer größer wird.



Verheerend wirkt sich aus, dass notwendige Investitionen, für die das Land aufkommen müsste – aktuell handelt es sich um einen Bedarf von 80 Millionen – von dort nicht kommen. Also: Entweder finanziert das Klinikum das selbst oder die Investition wird nicht gemacht.

Nun haben sich die Stadtspitze und die Ratsmehrheit ausgedacht, dass ein Zusammengehen mit dem Klinikum Leverkusen die Rettung aus dem Finanzdesaster sein könnte. Für die Ausarbeitung dieser Idee wurde eine Beraterfirma angeheuert. Kosten für Solingen mindestens 100.000 Euro, Weitere 100.000 für Leverkusen.

Die Hauptlasten der geplanten Einsparungen sollen die Beschäftigten tragen. Es geht um die Wäscherei, Reinigung, Sterilisation,

Küche und Radiologie. Sie müssen sich um ihre Zukunft sorgen. Werden sie mit Leverkusen zusammengelegt, geschlossen, privatisiert? Weiter beschäftigt unter deutlich schlechteren Bedingungen?

Dagegen wehren sie sich und erhalten dafür vielfältige Unterstützung. So schreibt die Gewerkschaft ver.di: „Die Sanierung soll auf Kosten der Beschäftigten geschehen. Werden diese Pläne umgesetzt, so ist das unserer Stadt, die in ihrem Anspruch sozial und nachhaltig sein soll, unwürdig.“

Das Sanierungskonzept, verehrte Stadtspitze, ist so nicht zu machen. Notwendig ist eine offene und breite Diskussion in der Stadt um UNSER KLINIKUM!

Die Commune lebt



Großer Beliebtheit erfreut sich das jährliche Treffen der DKP mit Freunden im Naturfreundehaus. Diesmal mit paco & madeleine aus Köln. Vertraute und viele neue Lieder und Texte aus aller Welt, die die Sehnsucht der Menschen nach Frieden, Solidarität, nach einem guten Leben widerspiegeln und von ihren Kämpfen berichten. Also gute Musik bis zum Schluss mit der Internationale. Und das alles in bester Atmosphäre mit reichem Buffet. Jedes Jahr wieder.

Dieses EU-Europa wollen wir nicht! Für ein soziales und friedliches Europa der Völker!

Der Vertrag über die Europäische Union wurde mehrfach verändert. Alle Fassungen versprechen uns die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte. Ziel der EU sei es, den Frieden, die genannten Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern. Die Wirklichkeit sieht anders aus!

Schon der zweite Satz schränkt den versprochenen „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen“ durch Kontrollen ein. Sie betreffen die Außengrenzen, das Asyl und die Einwanderung. Erst im dritten Satz wird der ökonomische Zweck der EU genannt: „Die Union errichtet einen Binnenmarkt.“ Der funktioniert. Die EU sichert den Banken und Konzernen erweiterte Einfluss- und Absatzmöglichkeiten. Aber die stetige Konkurrenz der großen Monopole erfordert immer wieder neue Regelungen. Dem wird Rechnung getragen. Die Rechte und Interessen der arbeitenden Menschen, der Arbeitslosen, Rentner, der jungen Menschen bleiben hingegen auf der Strecke.

Wir wollen ein demokratisches Europa mit sozialer Gerechtigkeit, auf keinen Fall eine weitere Militärmacht!

In diesem Sinne ist die Stimmabgabe für die DKP bei der EU-Wahl ein Votum für grundlegende Änderungen in Europa.

JUGEND IN BEWEGUNG

Fridays for Future – Der Streik geht weiter!

Wir können die Welt nicht retten, indem wir uns an die Spielregeln halten. Die Regeln müssen sich ändern, alles muss sich ändern und zwar heute.“ Diese Worte der 16-jährigen Initiatorin der weltweiten Klimaschulstreiks machen deutlich, worum es bei den Fridays for Future Protesten geht. Wir, die junge Generation, wir Schüler*innen, Studierende, junge Menschen haben die ewige Phrasendrescherei von Politikern und Wirtschaftsvertretern satt!

Seit Monaten streiken in Deutschland jeden Freitag zehntausende Schüler*innen für ihre Zukunft. Am internationalen Streiktag, dem 15.3., nahmen alleine in Deutschland 300.000 Menschen an den Fridays for Future-Protesten teil. Fakt ist: Die Klimaschulstreiks sind zu einer globalen Bewegung geworden.

Auch in Solingen haben wir uns als SDAJ gemeinsam mit anderen Jugendlichen und Jugendorganisationen an dem Aufbau einer Ortsgruppe des Bündnisses Fridays for Future beteiligt. An den nunmehr stattgefundenen Streikaktionen beteiligten sich mehrere hundert Solinger Schüler*innen aus allen Schulen der Stadt. Doch während die meisten Schulleitungen den Schüler*innen die Teilnahme durch bewilligte Beurlaubungsanträge erleichterte, bedienten sich einige Schulleitungen einer strengen, repressiven Taktik, welche darauf abzielte, die Schüler*innen, ganz

im Sinne der schwarz-gelben Landesregierung, um jeden Preis von einer Teilnahme an den Streiks abzuhalten. Nichts wurde unversucht gelassen, um unseren Protest im Keim zu ersticken! Wer nun denkt, die Schüler*innen hätten sich von den Sanktionsandrohungen abschrecken lassen, der hat weit gefehlt! Ganz im Gegenteil! Die Schülervertretungen setzten sich gegen diese Abschreckungstaktiken zur Wehr, schrieben Leserbriefe, gaben Erklärungen der Schülervertretung ab und setzten Schreiben an die Elternvertreter*innen auf, um ihr Anliegen zu verdeutlichen! Trotz weiteren Repressionsandrohungen beteiligten sich von einer der betroffenen Schulen alleine über 150 Schüler*innen.

Was zeigen uns also die Erfahrungen in Solingen? Sie zeigen, dass die Mächtigen in diesem Land kalte Füße kriegen, wenn sie sehen, was da für eine Bewegung heranwächst,

die an ihrer Machtposition rüttelt und dass sie versuchen alles zu tun, um den Protest zu verhindern. Diese Reaktion der Herrschenden macht aber auch deutlich, dass wir offenbar einen wunden Punkt treffen, denn immer mehr Menschen weltweit erkennen derzeit, dass es bei der Frage des Klimawandels, um nichts weniger als unser aller Zukunft auf diesem Planeten geht! Und die Erfahrung zeigt uns zuguterletzt, dass wir gemeinsam etwas verändern können, wenn unser Streik andauert! Damit sich wirklich etwas ändert, muss die Bewegung jedoch noch viel viel größer werden, so groß und stark, dass wir den Ast, auf dem die Kohleindustrie, die Autolobby, deren Interessenvertreter in der Politik und alle anderen Umweltsünder sitzen abbrechen und diese jetzige Klimapolitik zu Fall bringen!

Wir streiken weiter bis ihr handelt! Auch in Solingen!



Wer wir sind und was wir wollen

Wir, die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (kurz: SDAJ), sind eine Selbstorganisation von Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden, jungen Arbeiterinnen und Arbeitern, Studierenden, die in Deutschland leben, unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Pass.

Wir kämpfen für eine Welt ohne Ausbeutung, Rassismus, Umweltzerstörung und Krieg, für eine Welt, in der die Menschen und nicht die Konzerne und Bosse das Sagen haben. Für uns ist der Sozialismus die Alternative, für die wir kämpfen.

Diese Alternative werden wir nicht allein durch Verbesserungen der bestehenden Verhältnisse erreichen, sondern dafür brauchen wir einen Bruch mit diesem System, dem Kapitalismus. Für uns ist dieser Bruch, den wir im Kampf um notwendige Verbesserungen unserer Lebensbedingungen erreichen wollen, unvermeidbar, um eine sozialistische Gesellschaft zu erreichen. Wir sind deshalb eine

antikapitalistische und revolutionäre Organisation.

Wenn du etwas verändern willst, musst du etwas dafür tun. Wenn du aber nur allein kämpfst, oder nur bei spontanen Aktionen dabei bist, wirst du auf Dauer nicht viel gegen die Herrschenden ausrichten können. Die Herrschenden haben einen großen Apparat, auf den sie zurückgreifen können, und sind gut organisiert. Deshalb ist es wichtig, dass

wir uns auch organisieren, um gemeinsam und solidarisch zu handeln. Wir haben uns in der ganzen BRD in der SDAJ zusammengeschlossen, weil wir nicht allein, sondern gemeinsam unser Ziel erreichen wollen.

Willst du auch die Welt verbessern? Komm vorbei und mach mit! Schreib uns einfach eine Nachricht an: info@sdaj-solingen.com oder besuch uns bei Facebook (SDAJ Solingen) oder Instagram (sdaj_sg).



Venezuela im Fadenkreuz

Seit 1999, dem Beginn der Bolivarischen Revolution mit dem Amtsantritt von Hugo Chávez, versucht das Volk Venezuelas einen unabhängigen Weg zu gehen.

Seither wird das Land von den USA und anderen Staaten auf verschiedene Art boykottiert, attackiert und sein Handelsverkehr blockiert. Ein Ziel der US-Außenpolitik ist es, dort wo es geht, vor allem in Lateinamerika und der Karibik, was sie als ihren „Hinterhof“ bezeichnen, einen Regime-Wechsel („Regime-Change“) durchzusetzen. In Guatemala und Chile haben sie ausgelebt, was sie unter Demokratie verstehen: Im Notfall passt auch eine blutige Militärdiktatur.

Dem verfassungsgemäß als Präsident gewählten Nicolás Maduro wurde mit Hilfe des US-Botschafters und des US-Geheimdienstes und auf Druck von Trump persönlich ein „Interimspräsident“ entgegengesetzt. In Gehorsam gegenüber den Freunden in den USA hat der deutsche Außenminister Maas (SPD) schnell dafür gesorgt, dass Deutschland und andere EU-Länder das auch so machen. Aber offensichtlich erweist sich dieser sogenannte Präsident für Trump & Co. als Schaumsträger, der nichts an den Hacken hat.

Wenn das auch schief ging, die USA werden nicht locker lassen.

Vizepräsident Pence erklärte, er ziehe es vor, „radikal reinen Tisch zu machen“ und „Venezuela, Kuba sowie Nicaragua mit einem Schlag befreien“.

Wir sind gut beraten, das ernst zu nehmen.

Wie es scheint, ist ein direkter Militäreingriff von Seiten der USA nicht akut. Millionen von Venezolanern lieben ihr Land und seine Unabhängigkeit, wollen nicht in einer US-Kolonie leben. Vielmehr werden über Kolumbien



Foto: Ciudad MCY

Seit 1999, dem Beginn der Bolivarischen Revolution mit dem Amtsantritt von Hugo Chávez, versucht das Volk Venezuelas einen unabhängigen Weg zu gehen. Seither wird das Land von den USA und anderen Staaten auf verschiedene Art boykottiert, attackiert und sein Handelsverkehr blockiert.

die in Lateinamerika berüchtigten Todeschwadronen eingeschleust; die sollen das Land von innen destabilisieren, Mord und Totschlag verbreiten und dabei auch schon mal die Stromversorgung unterbrechen. Venezuela packt seine sozialen Probleme an. Nicht ganz einfach. Es sind Fehler der bisherigen Regierungspolitik zu korrigieren. Aber vor allem hat der Wirtschaftskrieg, den vor allem die USA gegen das Land führten, schlimme Auswirkungen. Geschätzte 30 Millionen Dollar täglich fehlen Venezuela an Einnahmen, weil der Öl-Verkauf durch die USA blockiert wird. Wie der US-„Sicherheitsberater“ Bolton mitteilte, entgeht dem venezuelischen Staat

durch den Boykott der USA allein 2019 ein Umsatz von 11 Milliarden. Riesige Summen, die die Maduro-Regierung gerne im Land für Lebensmitteleinkäufe, Wohnungsbau, Bildung und Gesundheit und für Sicherheit einsetzen würde.

Ganz fies:

Auf Druck der USA durfte in Madrid vor ein paar Tagen ein Flugzeug der Gesellschaft Iberia, das Insulin für Venezuela geladen hatte, nicht starten.

Linke, ganz gleich, wo sie sich zugehörig fühlen, sollten uneingeschränkt zum bolivari-schen Venezuela stehen.

Gratulation nach Salzburg

In das Stadtparlament der viertgrößten österreichischen Stadt ist jetzt ein Kommunist eingezogen. Kay-Michael Dankl (KPÖ) wurde mit 3,8 % der Stimmen gewählt. Noch 2014 wurde die Wahl eines KPÖ-Mitgliedes knapp verpasst. Es fehlten nur 50 Stimmen. Die KPÖ-Plus-Liste setzte im Wahlkampf vor allem auf die Wohnungspolitik. Salzburg ist eines der teuersten Pflaster in ganz Österreich. Da haben es Menschen mit geringem Einkommen besonders schwer. Wir gratulieren herzlich nach Salzburg.



**UZ – unsere zeit
Wochenzeitung der DKP**

**6 Wochen gratis probelesen –
als Druckausgabe und online!**

CommPress Verlag GmbH · Hoffnungstraße 18 · 45127 Essen · www.unsere-zeit.de